LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 7. April 2011

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.03.2011	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:05 Uhr	
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsabgeordnete

Dinter, Ilona	
Heider, Ute	
Lorenz, Dieter	
Reichenpfader, Bärbel	
Resch-Hoppstock, Sabine	anwesend bis 17:55 Uhr
Sandte, Michael	
Vogler, Birgit	
Vree, Friedhelm	

Vorsitz

Großer, Elke

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Fach, Thomas	anwesend bis 16:40 Uhr

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Dr. von Nicolai, Dorothea	Leiterin des Gesundheitsamtes
Lehmann, Rüdiger	Leiter des Amtes für Arbeit und Soziales
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Vogt, Kornelia	Referat Kreisentwicklung, Steuerung und Öffentlichkeitsarbeit
Theune-Kluy, Anja	Protokollführerin

Es fehlen:

Kreistagsabgeordnete
Brücher, Bertold
Wolf, Hans-Heinrich

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)
Kretschmer, Roland

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Brunke, Christa	Kreisseniorenbeauftragte
Hagedorn, Ulrich	Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Wolfenbüttel
Harmel, Ralf	Vorsitzender der örtlichen Pflegekonferenz
Meinecke, Wilfried	Vorsitzender der AGS

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVI. gewählten Kreistages am 13. Januar 2011
4. Anfragen

4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

5. Erwerb der Mitgliedschaft im "Verein zur Förderung der Hygiene in Südostniedersachsen e.V."
   Vorlage: XVI-0899/2011
6. Ärztliche Versorgungssituation im Landkreis Wolfenbüttel - mündlicher Bericht einer Vertreterin/eines Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig -
7. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau KAbg. Großer, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Frau KAbg. Großer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, der Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), welcher zu TOP 5 („ärztliche Versorgungssituation im Landkreis Wolfenbüttel“) berichten solle, werde aufgrund der Verkehrslage verspätet eintreffen. Vor diesem Hintergrund besteht seitens des Ausschusses Einigkeit darüber, dass der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 6 vorgezogen wird.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVI. gewählten Kreistages am 13. Januar 2011

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit genehmigt einstimmig die Niederschrift über seine 22. Sitzung am 13. Januar 2011, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit übersandt worden ist.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, der Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), welcher zu TOP 5 („ärztliche Versorgungssituation im Landkreis Wolfenbüttel“) berichten solle, werde aufgrund der Verkehrslage verspätet eintreffen. Vor diesem Hintergrund besteht seitens des Ausschusses Einigkeit darüber, dass der Tagesordnungspunkt 6 vorgezogen wird.

TOP 5 Erwerb der Mitgliedschaft im "Verein zur Förderung der Hygiene in Südostniedersachsen e.V." Vorlage: XVI-0899/2011

Frau Dr. von Nicolai stellt die Sitzungsvorlage Nr. XVI-0899/2011 vor. Vor dem Hintergrund der sich in den letzten 4 bis 5 Jahren durch Antibiotika-resistente Krankheitserreger zu einem Problem entwickelnden Infektionen, wie z. B. MRSA (Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus), sei es erforderlich, von den zuständigen Stellen eine bessere Abstimmung aufeinander erwirken zu können. Ziel sei es, Maßnahmen zu bündeln. Seit der Gründung des Netzwerkes am 25. November 2009 wurden von unterschiedlichen Stellen finanzielle Unterstützungen für die Zielsetzungen angeboten, welche jedoch aufgrund des Aufbaus und der bisherigen Struktur nicht angenommen werden konnten. Dies solle jetzt durch die Gründung des Vereins ermöglicht werden.

Frau KAbg. Resch-Hoppstock ergänzt die Ausführungen der Vorrednerin aus ihrer fachlichen Sicht. Es bestünde ein Gefährdungspotenzial z. B. des Pflegepersonals in Einrichtungen, da aufgrund von Unwissen eine weitere Übertragung entsprechender Erreger stattfinden könnte. Gerade in Einrichtungen sei es notwendig, hierüber kurzfristig entsprechende Informationen erhalten zu können. Hinsichtlich der für diese Sitzung erstellten Drucksache teilt sie mit, dass aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion hier noch zu wenige Informationen gegeben worden seien. Sie beantragt diesbezüglich die Verweisung zurück in die Fraktionen und weitere Beratung dann direkt im Kreisausschuss.

Herr KAbg. Lorenz hat Zweifel an der Notwendigkeit einer solchen Institution. Dies würde mehr Zeitaufwand für die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landkreisverwaltung bedeuten. Er frage sich, ob nicht eine andere Regelung möglich sei, um dieser Problematik Sorge zu tragen.

Frau Klooth erläutert hierzu, das hiesige Gesundheitsamt sei bereits in diesem Netzwerk tätig. Man wolle durch die Errichtung eines entsprechenden Vereins lediglich eine Rechtsperson erschaffen. Dies sei notwendig, um funktional handeln zu können. Da das Gesundheitsamt bereits mit eingebunden sei, bestünde kein höherer Zeitaufwand allein durch die Tatsache, dass der Landkreis Mitglied in dem noch zu gründenden Verein werde.

Herr KAbg. Fach macht nochmals deutlich, dass eine Vereinsgründung hier notwendig sei, da man nur als Verein Gelder, wie z. B. Spenden, entgegennehmen könne.

Die Ausschussvorsitzende lässt nachfolgend über den von Frau KAbg. Resch-Hoppstock gestellten Antrag abstimmen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. 0899/2011 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.
Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschluss-empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 6 Ärztliche Versorgungssituation im Landkreis Wolfenbüttel - mündlicher Bericht einer Vertreterin/eines Vertreters der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Bezirksstelle Braunschweig -

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Kleinschmidt von der

Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen – Bezirksstelle Braunschweig-.

Herr Dr. Kleinschmidt stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die ärztliche Versorgungssituation der Vergangenheit und Gegenwart anhand entsprechender Zahlenwerte dar. Es erfolgen Erläuterungen im Hinblick auf die Ermittlung der vorgestellten Zahlenwerte.

Frau Klooth erkundigt sich, ab wann man in den einzelnen Bereichen von Unterversorgung spreche.

Hierzu teilt Herr Dr. Kleinschmidt mit, für den hausärztlichen Bereich gehe man ab einem Prozentsatz von unter 75 % hiervon aus. Für den fachärztlichen Bereich sofern der Wert unter 50 % liege.

Frau KAbg. Großer möchte auch zu den Verhältniszahlen im Fachärztebereich gern Informationen einholen.

Da diese Zahlenwerte in der Präsentation noch nicht enthalten seien, werde Herr Dr. Kleinschmidt diese noch nachreichen.

Anmerkung der Protokollführerin: Die in der Sitzung vorgestellten Daten und Informationen der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, sowie die avisierten aktuellen Verhältniszahlen für den Bereich der Fachärzte sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Kleinschmidt erläutert im Weiteren, dass die bisherigen Modelle im Bereich der ärztlichen Versorgung (Einzelpraxen) aussterbend seien. Der Ärztenachwuchs bevorzuge anhand der aktuellen Lebenssituation („work-life-balance“) z. B. eher Praxisgemeinschaften.

Auch in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel werde eine neue Bedarfsplanung notwendig sein. Bedarfsplanungsrichtlinien, in welche ein solcher Demographiefaktor einfließen sollte, würden von den Landesausschüssen festgelegt. Diese Verfahren seien leider in der Regel relativ langwierig.

Frau KAbg. Vogler sowie auch Frau KAbg. Resch-Hoppstock schildern Problematiken im Hinblick auf den Bereitschaftsdienst im Landkreis Wolfenbüttel, wie er zurzeit ablaufe. Alte Leute seien durch die abgegrenzten Zuständigkeitsbereiche verunsichert und zeitnahe Hilfe sei zum Teil nicht möglich, da Telefone oftmals nicht besetzt seien.

Frau KAbg. Großer erkundigt sich, inwieweit die für den Bereitschaftsdienst eingeteilten Ärzte sich hiervon „freikaufen“ könnten.

Herr KAbg. Lorenz möchte in diesem Zusammenhang auch wissen, wer denn überhaupt Bereitschaftsdienst ausüben dürfe.

Herr Dr. Kleinschmidt antwortet hierzu, auf jeden niedergelassenen Arzt entfielen im Quartal durchschnittlich 4 Bereitschaftsdienste. Alle niedergelassenen Ärzte mit Ausnahme von Psychologen seien zum Bereitschaftsdienst verpflichtet. Sofern ein Arzt für den eingeteilten Bereitschaftsdienst nicht zur Verfügung stehe, müsse er hierfür eine Vertretung auf eigenes Risiko einsetzen. Der Arzt, welcher sich vertreten lassen wolle, sei in der Pflicht, eine Vertretung zu benennen, welche über eine entsprechende Eignung verfüge.

Herr KAbg. Sandte kommt nochmals zurück auf die von ihm bereits in der letzten Sitzung dieses Ausschusses geschilderte persönliche Situation und meint zu den Ausführungen des Vorredners, dies sei alles nur Theorie, die Praxis selbst stelle sich wesentlich ungünstiger dar.

Herr Dr. Kleinschmidt räumt ein, der Bereitschaftsdienst im Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel sei derzeit nicht optimal organisiert. Man habe in der Vergangenheit bereits versucht, diesen von einem zentralen Punkt aus durchzuführen. Hierzu sei zunächst geplant gewesen, eine Anlaufpraxis im

hiesigen Krankenhaus einzurichten, welche dann von einem Arzt vor Ort sowie einem Arzt, welcher auch Hausbesuche mache, jeweils besetzt gewesen wäre. Leider sei diese Planung jedoch nach Verhandlungen mit dem Krankenhaus an den von dort verlangten Kosten gescheitert. Der Sprecher informiert diesbezüglich, dass die beteiligten Ärzte die Finanzierung aus den eigenen Honoraren abdecken müssten.

Frau KAbg. Großer fragt nach, ob es für den entsprechenden Bereitschaftsdienst nicht günstigere Alternativen gäbe, wie z. B. eine feste Arztpraxis in Wolfenbüttel.

Herr Dr. Kleinschmidt erklärt hierzu, man habe nach dem gescheiterten Versuch der Ansiedlung einer entsprechenden Praxis im Krankenhaus nicht mehr weiter nach Alternativen gesucht, da die beteiligten Ärzte die Situation als weitgehend zufriedenstellend empfinden. Die Ansiedlung des Bereitschaftsdienstes in einer festen Praxis in Wolfenbüttel stelle seiner Ansicht nach unter anderem auch Probleme im Hinblick auf die Haftung dar. Eine bessere Lösung wäre es, eine neutrale Praxis dafür einzurichten.

Frau KAbg. Großer befürchtet hinsichtlich der Suche nach einer optimalen Lösung einen erheblichen Zeitverlust. Die Thematik habe eine hohe Wichtigkeit und man dürfe dies nicht aus den Augen verlieren.

Herr Dr. Kleinschmidt gibt zu Bedenken, dass die KVN zum einen nicht nur diese Problematik zu verfolgen habe, sondern durchaus in anderen Bereichen auch Regelungsbedarf bestünde. Bis auf Salzgitter und Wolfenbüttel habe man im Bereich der Bereitschaftsdienste eine Vollinstallation bereits erreichen können. Das „Überstülpen“ einer vorgegebenen Verfahrensweise berge seiner Ansicht nach das Risiko in sich, dass die aufgedrängte Lösung bei den niedergelassenen Ärzten möglicherweise auf keine bzw. nur geringe Akzeptanz stoße. In der Folge befürchte er Unzulänglichkeiten z. B. in Bezug auf die Pünktlichkeit oder Ähnliches. Der Sprecher schildert abschließend auch die durch zunehmende Bürokratie entstehenden Ablehnungshaltungen dem Ärzteberuf gegenüber.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Dr. Kleinschmidt für seine aufschlussreichen und umfassenden Informationen. Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass der Bereitschaftsdienst im Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel neu geordnet werde. Eine weitere Erkenntnis seien die Nachwuchssorgen im Ärztebereich. Es seien Wege aufgezeigt worden, dem entgegen wirken zu können.

TOP 7 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Frau Dr. von Nicolai informiert im Hinblick auf die Errichtung einer psychiatrischen Tagesklinik über den derzeitigen Sachstand. Hiernach habe man eine gesicherte Option auf ein Gelände (in der Nähe der Halchterschen Straße in Wolfenbüttel), welches mit einem entsprechenden Gebäude bebaut werden könne. Das Gelände sei noch nicht gekauft worden, da die für den Bau notwendigen Fördergelder zwar bereits beim Land beantragt seien, jedoch noch nicht fließen würden. Von daher könne sich der Bau möglicherweise noch bis ins nächste Jahr verzögern. Deshalb würde die Klinikleitung (Geschäftsführer H. Zauritz und Ärztl. Direktor Dr. Hasan) darum bitten, zu einer der nächsten Ausschusssitzungen eingeladen zu werden, um über eine Zwischenlösung diskutieren zu können.

Frau Klooth kündigt im Hinblick auf die Ergebnisse der vom Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig e. V. in Auftrag gegebenen und mit Kreistagsbeschluss vom Landkreis Wolfenbüttel bezuschussten Befragung im Rahmen der „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung

für das Braunschweiger Land“ den Versand einer entsprechenden Broschüre in etwa gegen Mitte/Ende April an.

Die Sprecherin teilt zu dem kürzlich durch Bundestag und Bundesrat beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket mit, dass das entsprechende Gesetz bislang noch nicht veröffentlicht worden sei. Man rechne in Kürze damit. Beim Landkreis Wolfenbüttel habe man hinsichtlich der Umsetzung eine interne Arbeitsgruppe gebildet. Man sei bemüht, möglichst unbürokratische Wege gehen zu können. Die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolge zum 1. April 2011. Allerdings fehlten für einige Bereiche noch die entsprechenden niedersächsischen Ausführungsgesetze. Diese seien für Mitte Mai 2011 angekündigt.

Weitere Unterrichtungspunkte liegen nicht vor.

In Übereinstimmung mit den Mitgliedern dieses Ausschusses wird die nächste Sitzung vom 12. Mai 2011 auf den 19. Mai 2011 verschoben.

Frau KAbg. Großer dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.

Großer (Vorsitzende)	Dr. von Nicolai (stellvertretende Dezernentin)

Theune-Kluy
(Protokollführerin)

Anlage: PowerPoint-Präsentation der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen zu den hausärztlichen Versorgungsstrukturen im Landkreis Wolfenbüttel und Bedarfsplanung für den Fachärztebereich

Vorsitzender

Protokollführer/in